



HESSISCHER LANDTAG

24. 05. 2019

WVA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Ultranet-Trassenverlauf

Die Vorbereitungen für den Erörterungstermin des Teilabschnitts D der Ultranet-Trasse laufen intensiv. Am 15.05. und am 16.05.2019 hat der Netzbetreiber Amprion bei Veranstaltungen im Rheingau-Taunus-Kreis und im Main-Taunus-Kreis die aktuellen Überlegungen zu den Trassenverläufen vorgestellt. Dabei wurde den Teilnehmern sehr schnell deutlich, dass seitens Amprion kein Interesse besteht, etwas am aktuellen Trassenverlauf zu ändern. Das widerspricht den Interessen der betroffenen Landkreise und Kommunen und auch den Interessen der Bürgerinitiativen. Es steht aber auch im Widerspruch zu dem im Koalitionsvertrag der Landesregierung genannten Ziel, die Bestandstrasse möglichst mit der neuen Trasse gemeinsam zu verschwenken.

Begründet wurde die ablehnende Haltung von Amprion damit, dass jeweils der Aufbau der neuen Leitung auf der Bestandstrasse einfacher ist als eine Verschwenkung. Solange Amprion diese Argumentation beibehält, wird es jedoch keine Fortschritte im Interesse der genannten Beteiligten vor Ort geben. Vielmehr erscheinen entsprechende Termine als überflüssig und als Alibi-Veranstaltung, die der Beruhigung der vor Ort Betroffenen dienen sollen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (WVA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass in einer ersten Vorstellung der aktuellen Planungen für die HGÜ-Trasse „Ultranet“, Teilabschnitt D, die Firma Amprion am 15. Mai 2019 in Bad Schwalbach und am 16. Mai in Hofheim alle Vorschläge der betroffenen Landkreise Rheingau-Taunus und Main-Taunus, der betroffenen Kommunen und der regionalen Bürgerinitiativen abgelehnt wurden?
2. Welche Initiativen hat die Landesregierung unternommen, um die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Trassenverschwenkungen bereits im Vorfeld der Planfeststellung und vor dem anstehenden Erörterungstermin des Teilabschnitts D der Ultranet-Trasse durchzusetzen?
3. Welche Initiativen hat die Landesregierung unternommen, um zu erreichen, dass auch die bestehende 380-kV-Leitung und die bestehende 110-kV-Leitungen, mit der neu geplanten Gleichstromtrasse mitverschwenkt werden.
4. Warum unterstützt die Landesregierung nach wie vor nicht die von Landkreis, Kommunen und Bürgerinitiativen erhobene Forderung nach einer Erdverkabelung auch der vierten großen HGÜ-Trasse „Ultranet“?
5. Wie beabsichtigt die Landesregierung die Kommunen und den Landkreis im Rahmen des aktuellen Austauschs mit Amprion und der Bundesnetzagentur zu unterstützen?

Wiesbaden, 23. Mai 2019

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock